

Tag der Wirtschaft 2024
Smarte Infrastrukturen 2050
Freitag, 6. September 2024

Es gilt das gesprochene Wort

Die Schweiz im Jahr 2050: smart und wettbewerbsfähig

Christoph Mäder, Präsident economiessuisse

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin
Sehr geehrte Mitglieder der Kantonsregierungen
Sehr geehrter Herr Divisionär
Exzellenzen
Liebe Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zum heutigen «Tag der Wirtschaft». Ich freue mich sehr, dass wir heute in Bern, in unserer Bundesstadt sind. Ich danke Ihnen für das zahlreiche Erscheinen. Speziell begrüssen möchte ich an dieser Stelle auch die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Muristalden mit ihrem Lehrer Emanuel Hohn.

Wir diskutieren heute über die Zukunft der Schweiz. Wir haben es im Eröffnungsvideo gesehen – wir nähern uns der Wegmarke 2050. Die Mitte dieses Jahrhunderts wird fassbarer und konkreter. Zeit also, über diese Zukunft zu sprechen. Bevor wir den Blick ins 2050 richten, gehe ich eingangs auf zwei – ich würde sagen: tagesaktuelle – Herausforderungen für unseren Wirtschaftsstandort ein. Es ist gut, dass wir heute in Bern sind. Bundesbern darf und soll gerade in diesen Tagen den Puls der Wirtschaft spüren. Denn wir Unternehmerinnen und Unternehmer machen uns landauf und landab Sorgen.

Anlass zu diesen Sorgen geben unter anderem die Bundesfinanzen. Wir haben ein massives Ausgabenproblem. Seit 1990 haben sich die Ausgaben des Bundes von rund 30 Milliarden Franken auf bald 90 Milliarden Franken fast verdreifacht. Nicht zuletzt die Phase der jährlichen Überschüsse haben uns dazu verleitet, den Staat immer teurer werden zu lassen. Das Blatt hat sich bekanntlich gewendet. Der finanzielle Spielraum ist inzwischen klein, vor allem weil praktisch alle Mittel verplant sind.

Der Druck auf die Finanzen muss nun Anlass sein, dass der Bund seine Aufgaben ernsthaft überprüft. Klar ist: Stabile Finanzen sind ein hohes Gut für unseren Standort und Bundesbern ist aufgerufen, alles daran zu setzen, dass die Schuldenbremse trotz aller Verlockungen und Notwendigkeiten eingehalten wird.

Anlass zu Sorgen gibt auch die jüngste Erbschaftssteuerinitiative der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten. Meine Damen und Herren, diese Initiative ist ein veritabler Schuss ins eigene Knie. Schaut man sich das Initiativkomitee an, wird auch rasch klar, dass es sich hier nicht etwa nur um ein Werk der Jungsozialisten handelt. Nein, es sind nicht nur irgendwelche Flausen in den Köpfen der sozialistischen Jungmannschaft. Im Initiativkomitee sitzen nämlich auch die Co-Präsidentin und der Co-Präsident der SP Schweiz, und auch die Co-Präsidentin und der Co-Präsident der Bundeshausfraktion sind mit von der Partie. Die versammelte Führungsriege der sozialdemokratischen Partei und der Juso planen also den Umsturz des Schweizer Erfolgsmodells. Gute Nacht, liebe Schweiz.

Meine Damen und Herren, diese Initiative hat das Potenzial, einen immensen Schaden anzurichten. Sie fordert bekanntlich eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent. Das ist ein massiver Eingriff in die Eigentumsrechte und in die Wirtschaftsfreiheit. Würde die Juso-Initiative angenommen, wäre dies schlichtweg der Tod für das Modell der über Generationen hinweg erfolgreich geführten Familienunternehmen. Wir alle wissen, dass die Mittel der Familienunternehmer zu einem grossen Teil in der Firma gebunden sind. Der Liquiditätsspielraum zur Begleichung einer solch überrissenen hohen Erbschaftssteuer ist begrenzt. Es ist deshalb wenig erstaunlich, dass gemäss einer aktuellen Umfrage ein grosser Teil der betroffenen Unternehmer einen Verkauf oder zumindest einen Teilverkauf des Familienunternehmens als zwingend erachtet. Viele Unternehmen würden demnach im Rahmen einer Nachfolge nicht mehr länger oder nur noch teilweise in Familienbesitz bleiben.

Doch nicht nur das: Schon weit vor dem eigentlichen Abstimmungssonntag hat die Initiative für Unsicherheit gesorgt. Denn die Übergangsbestimmung der Initiative besagt bekanntlich, dass der Bundesrat ab dem Zeitpunkt des Abstimmungstags Massnahmen zur Verhinderung von Steuervermeidung, insbesondere in Bezug auf den Wegzug, umsetzen muss. Einige Unternehmer haben sich in den letzten Wochen zu dieser hochproblematischen Übergangsbestimmung öffentlich geäussert. Das war wichtig und richtig. Die Botschaft der Unternehmer ist klar: Um dem drohenden Hammer der Erbschaftssteuer auszuweichen, bliebe einzig ein Wegzug aus der Schweiz. Die Folge wären Steuerausfälle in Milliardenhöhe – und damit eine höhere Steuerbelastung für uns alle.

Damit dieser volkswirtschaftliche und steuerpolitische Schaden eingegrenzt werden kann, sind Bundesrat und Parlament gefordert, bereits vor der Abstimmung Klarheit zu schaffen. Wir begrüssen deshalb ausdrücklich, dass der Bundesrat vor wenigen Tagen erste wichtige Klärungen vorgenommen hat. Er hält unmissverständlich fest, dass eine Umsetzung in jedem Fall völkerrechts- und verfassungskonform erfolgen müsste. So wäre eine Einschränkung oder gar ein Verbot eines Wegzugs, etwa mittels Passentzugs oder Kapitalverkehrskontrollen, aus Sicht des Bundesrats ausgeschlossen. Auch einer Wegzugssteuer steht der Bundesrat ablehnend gegenüber. Diese Klärung vermag Unsicherheiten auszuräumen. Es war entscheidend, dass der Bundesrat im Interesse der Rechtssicherheit bereits jetzt Klartext gesprochen hat.

Ich möchte eines klar zum Ausdruck bringen: Es ist nicht verboten und es soll auch nicht verboten sein, dass in unserem Land Initiativen lanciert werden, welche der Schweiz schaden. Wir leben in einer direkten Demokratie und wir sind stolz darauf. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass das Stimmvolk Vernunft walten lässt und diese Initiative hochkant ablehnen wird. Gleichzeitig darf es aber nicht sein, dass Volksrechte missbraucht werden, um schädliche Vorwirkungen zu erzielen, ohne dass das Volk überhaupt die Möglichkeit hatte, darüber zu befinden. Auch wenn der Bundesrat nun im vorliegenden Fall die Vorwirkung mit seiner Antwort entschärfen konnte, sollten sich Bundesrat und Parlament dennoch Gedanken darüber machen, wie wir in Zukunft mit Initiativen umgehen wollen, welche solch drastische Vorwirkungen auslösen, bevor Volk und Stände überhaupt über die Initiative abgestimmt haben.

Gewisse Kreise aus der Politik und den Medien nahmen die Aufregung in der Wirtschaft zum Anlass, um einen Gegenvorschlag zur Initiative ins Spiel zu bringen. Meine Damen und Herren, dieser Idee erteilen wir schon jetzt eine Absage. Es braucht definitiv keine nationale Erbschaftssteuer. Erstens sind Erbschafts- und Schenkungssteuern Sache der Kantone, und zweitens haben wir bereits eine umfassende Vermögenssteuer. Ich habe zudem eingangs schon erwähnt: Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem beim Bund. Es wäre falsch, wegen dieser sozialistischen Enteignungsinitiative gleich den Blick aufs Wesentliche zu verlieren.

Nach diesem doch einigermaßen sorgenvollen Blick möchte ich in den nächsten Minuten einen etwas optimistischeren Blick nach vorne richten – und dabei an das Eröffnungsvideo zum Auftakt des heutigen Tags der Wirtschaft anknüpfen. Werden wir gefragt, wie wir im Jahr 2050 leben wollen, hören wir viel von Chancen und Möglichkeiten. Die Zukunft hat vieles zu bieten. Ich habe es erwähnt: Das Jahr 2050 rückt näher. Es ist Zeit, dass wir uns konkret mit der Frage beschäftigen, wie wir im Jahr 2050 leben wollen. Was brauchen wir, damit wir auch in 25 Jahren über eine ausgezeichnete Lebensqualität verfügen? Wie verändert sich unsere Wirtschaft und welche Bedürfnisse hat sie an die Rahmenbedingungen, um 2050 sowohl das Netto-Null-Ziel zu erreichen als auch über eine hohe Wettbewerbsfähigkeit zu verfügen?

Klar ist: Infrastrukturen – physische und digitale – spielen eine zentrale Rolle. Sie sind eine wichtige Grundlage, damit sich Menschen und Unternehmen frei bewegen und entfalten können. Wir sind aber heute noch meilenweit weg von den Infrastrukturen, die wir für die Welt von 2050 benötigen. Es gibt viel zu tun in den verschiedenen Bereichen der Infrastrukturpolitik.

Ich denke hier allen voran an unsere Energieversorgung. Das vom Volk im Sommer angenommene Stromgesetz war ein überfälliger Frühlingssputz der Energiepolitik. Das Haus ist aber damit noch lange nicht renoviert. Wir wissen alle: Wir müssen die Produktion von klimaschonendem Strom verdoppeln, damit wir auch 2050 über genügend Strom verfügen. Leider stellen wir in der Politik immer mehr eine «Energemüdigkeit» fest. Hinzu kommt, dass wichtige Projekte für den Zubau blockiert oder zumindest gebremst werden. Diese Entwicklung ist fatal. Denn wir müssen mit dem Zubau vorwärtsmachen und den Mut aufbringen, auch die grossen Elefanten im Raum anzugehen. Es sind Themen wie die Beschleunigung der Verfahren, die Überarbeitung des Subventionssystems, das Erreichen der Technologieoffenheit, und last but not least, das Realisieren eines Stromabkommens mit der EU. Das Stromabkommen mit der EU ist ein zentrales Element, wenn wir über die Netzstabilität sprechen. Die Schweiz ist mit über 40 grenzüberschreitenden Stromleitungen eng mit dem Stromnetz der Nachbarländer verbunden. Für uns ist klar: Mit einem Stromabkommen kann die Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Netzstabilität sinnvoll verbessert und so auch die Versorgungssicherheit gestärkt werden.

Nun, was passiert, wenn wir bei der Energieversorgung nicht entschieden vorwärtsmachen? Wir machen uns weniger Sorgen um einen Blackout oder um eine Mangellage. Wir machen uns vielmehr Sorgen um die Energiepreise für die Unternehmen und die Haushalte. Machen wir nicht vorwärts, diskutieren wir 2050 vielleicht so über die Strompreise, wie wir heute über die Krankenkassenprämien sprechen: Der Druck auf die Unternehmensbudgets und die Privathaushalte wird enorm sein, die politische Diskussion dürfte sich laufend verhärten. Das sind keine rosigen Aussichten. Wir müssen Gegensteuer geben. Damit es vorwärts geht, müssten in der Politik endlich rote Linien fallen gelassen werden. Es braucht auch auf der rechten Seite ein klares Ja zu einem Stromabkommen mit der EU, in der politischen Mitte braucht es Gehör für die Technologieoffenheit, und die linke Seite sollte aufhören, mit den Umweltverbänden ständig den Ausbau der Erneuerbaren auszubremsen.

Auch in der Verkehrspolitik stehen wir vor grossen Herausforderungen, um der Mobilität der Zukunft gerecht zu werden. Wir gehen davon aus, dass der Personenverkehr bis 2050 nochmals um über zehn

Prozent zunehmen wird. Schon heute kämpfen wir mit überfüllten Zügen und langen Staus. Aktuell verzeichnen wir über 48'000 Stautunden, wovon über 85 Prozent auf Überlastungen der Infrastruktur zurückzuführen sind. Wir müssen darum die Kapazitäten deutlich ausbauen. Im Wesentlichen gibt es zwei Hebel: zum einen der Ausbau der Infrastrukturen, zum anderen das Nutzen neuer Technologien wie die künstliche Intelligenz oder das autonome Fahren von Fahrzeugen und Zügen.

Was den Ausbau der Infrastrukturen betrifft, haben wir mit dem Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrassen – kurz: STEP – ein überzeugendes Programm auf dem Plan. Im November werden wir über einen wichtigen Ausbauschritt abstimmen. Die Wirtschaft steht klar hinter diesem Schritt und wird sich in der Abstimmungskampagne engagieren. Es ist klar: Mit der Elektrifizierung des Autoverkehrs wird der Individualverkehr eine tragende Achse der Mobilität bleiben. Wir müssen deshalb auch in Zukunft ÖV und Individualverkehr gemeinsam denken und gemeinsam vorwärtsbringen. Ein Auspielen dieser beiden Träger ist alter Kaffee von gestern.

Grosses Potenzial sehen wir auch im Bereich der neuen Technologien. Digitale Tools und Innovationen erleichtern unsere Mobilität bereits heute, aber wir kratzen hier erst an der Oberfläche. Eine neue Studie von Google Schweiz zeigt, dass generative KI das Schweizer BIP bis 2050 um bis zu elf Prozent steigern könnte. Teil davon sind auch Anwendungen im Bereich der Mobilität. Automatisierte Fahrzeuge und smarte Infrastrukturen werden uns helfen, Schienen und Strassen effizienter und schonender zu nutzen. Die Elektromobilität kann von intelligenten Ladesystemen profitieren. Und ganz nebenbei können modernste Arbeitsinstrumente auch die Notwendigkeit von Geschäftsreisen reduzieren.

Wir werden heute verschiedene dieser Infrastrukturbereiche näher beleuchten. Ich freue mich auf die Debatten und Erkenntnisse.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Wenn wir uns die Frage stellen, wie wir im Jahr 2050 leben wollen, bin ich überzeugt, dass unsere direkte Demokratie auch dann ein zentraler Bestandteil unseres politischen Systems und ja, auch unserer Lebensqualität, sein wird. Wir Stimmbürger wollen heute, aber auch morgen über die Rahmenbedingungen, in denen wir leben, mitentscheiden können. Damit diese Rahmenbedingungen auch in Zukunft unternehmensfreundlich ausgestaltet sind, braucht es das Engagement der Unternehmer. Wir müssen uns in die Debatten werfen, argumentieren, überzeugen. Hier haben wir als Wirtschaft noch Luft nach oben. Ein wichtiger Ansatz – ich habe es bereits letztes Jahr am Tag der Wirtschaft erwähnt – ist unser Netzwerk der Botschafterinnen und Botschafter der Wirtschaft. Vor wenigen Tagen haben wir bekannt gegeben, dass wir bereits über 1000 Persönlichkeiten in unserem Netzwerk haben. Es handelt sich um Unternehmerinnen und Unternehmer, um CEOs, um politisch aktive Leute, aber auch um Studentinnen und Studenten, die sich für die Wirtschaft engagieren. Auch heute haben wir einen Stand und wir bitten alle, die sich noch nicht angemeldet haben, dies heute zu tun. Vielen Dank für Ihr Engagement.

Einer dieser Botschafter der Wirtschaft dürfen wir in wenigen Minuten auf der Bühne begrüßen. Es ist Carl Illi, Präsident von Swiss Textiles. Der Verband der Schweizer Textilwirtschaft feiert dieses Jahr sein 150-Jahr Jubiläum. Dazu gratulieren wir sehr herzlich. Wie viele von Ihnen wissen, ist die Schweizer Textilwirtschaft eng verwoben mit der Geschichte von *economiesuisse* und ihrer Vorgängerorganisation, dem «Vorort». Denn es waren Vertreter der Schweizer Textilindustrie, die massgeblich bei der Gründung des «Vororts» beteiligt gewesen sind. Wenn wir also heute auf das 150jährige Bestehen von Swiss Textiles anstossen, so tun wir dies in enger Freundschaft und Verbundenheit. Lieber Carl, ich danke dir herzlich für die Zusammenarbeit und das grosse Engagement für unseren Wirtschaftsstandort Schweiz.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und gebe das Wort nun gerne zurück an unseren Moderator Urs Gredig.